



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920**

321 (22.7.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-192436](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-192436)

# Mannheimer General-Anzeiger

Verlagspreis: In Mannheim u. Umgebung monatlich, einjährig 12,00 für Familien mit 4 Personen. ...

## Badische Neuere Nachrichten

Anzeigenpreis: 1 Spalte, 10 Zeilen 1,50 RM, ...

### Spa im Reichswirtschaftsrat.

Eingehende Darlegungen der Minister.

Berlin, 22. Juli. (Von unserem Berliner Büro.)

Am Reichswirtschaftsrat ist heute großer Tag gewesen. Herr Edler v. Braun eröffnet die Sitzung mit einleitenden Worten, in denen er auf die Kompetenzfrage zwischen Reichstag und Reichswirtschaftsrat zurückgreift und mit den von uns mehrfach vorgetragenen Gründen darlegt, daß es sich hier nur um die wirtschaftliche Seite der Dinge handelt und um ein Gutachten, das zuvor vorliegen müsse, ehe die politische Körperschaft des Reichstages ihre Entscheidung treffen könne.

Dann spricht der Reichswirtschaftsminister Herr Dr. Scholz. Er bemerkt sich vornehmlich auseinanderzusetzen, wieso unsere Delegation von den ursprünglichen Vorschlägen ihrer Sachverständigen abgewichen ist und das Angebot von 2 Millionen Tonnen Kohle schließlich gemacht hat. Dieses Angebot war die Folge des Druckes von Seiten der Alliierten. Unsere Delegation hätte gewünscht, daß die Drohung mit dem Einmarsch kein Künderscheck war und daß in wenigen Stunden Truppen im Ruhrgebiet einrücken würden. Die politischen Folgen des Einmarsches will Herr Dr. Scholz vor diesem Gremium nicht erörtern. Wirtschaftlich wäre das Resultat aber nicht gewesen, daß wir nicht nur 2 Millionen Tonnen monatlich hätte liefern müssen, sondern das ganze im Friedensvertrag festgesetzte Quantum von 3,3 Millionen Tonnen. Das hätte selbstverständlich den Stillstand der deutschen Wirtschaft bedeutet.

Bedeutsamer aber war die Beantwortung der Frage, wie das Abkommen zu erfüllen sein wird. Herr Scholz meint, wir müßten einmal versuchen, die Produktion zu steigern, zum andern bis zu einem gewissen Grade Kohlen der deutschen Volkswirtschaft entziehen. Die Beantwortung der ersten Aufgabe sei vor allem eine Arbeiterfrage. Die Arbeiter werden das alles nur leisten können, wenn man ihnen solche Leistungen erleichtert. Hier müße auch die Landwirtschaft eingreifen, indem sie nach besten Kräften die Ernährungswirtschaft bessere. Auch für bessere Kleidung und Bekleidung wird die Regierung zu sorgen haben. Schließlich auch für Siedlungen. Keine Rede aber soll davon sein, die Tarifmäßig festgesetzte Arbeitszeit anzustreben. Nur durch Verhandlungen könne an den guten Willen der Arbeitererschaft appelliert werden. Zu denken sei ferner an die Erweiterung des Braunkohlenbergbaus und die Unterdrückung des Kohlenhändlerhandels. Schließlich wird man versuchen, durch Zusammenlegung und andere Organisationen Ersparnisse in unserer Industrie zu erzielen.

Herr Dr. Scholz schloß mit einem persönlichen Wort: er habe gegen das Kohlenabkommen gestimmt, weil er es für unerträglich hielt, trotzdem hätte er sich entschlossen, das Abkommen, soweit es an ihm liegt, restlos zu erfüllen. Das sei das Gebot der Stunde.

Der Reichswirtschaftsminister wurde dann von seinem Kollegen vom Arbeitsreferat abgelöst. Herr Dr. Brauns verbreitete sich über die Arbeiterfrage, die der Vorredner nur mit ein paar Strichen gestreift hatte. Er sprach von der Ermüdung, die die Bergarbeiter erfaßt hätte und die er psychologisch auszuwerten und zu begründen wußte. Die Bergarbeiterschaft hätte Verständnis für die Erfordernisse der deutschen Wirtschaft, das hätten sie — der Minister belegte das durch Zahlen — durch von Monat zu Monat steigende Leistungen bekräftigt. Am letzten Monat seien unter der Einwirkung der Hitze, des schlechten Brotes und auch der Nachrichten aus Spa die Leistungen zurückgegangen. Gleichwohl hofft Herr Brauns, daß durch die bereits eingeleiteten neuen Verhandlungen sich erzielen lassen werde, daß die Bergarbeiter sich dem, was Herr Dr. Scholz das Gebot der Stunde nannte, anpassen werden.

Das letzte Wort in der Reihe der Minister hatte Dr. Hermes, der Vertreter des Ernährungs- und Landwirtschaftsreferats. Auch er appellierte an die Landwirtschaft, das ihrige zu tun, durch möglichst gute Ernährung die Bergarbeiter leistungsfähig zu machen. Er verbreitete sich dann über die einzelnen Methoden, mit denen man den Ernährungszustand der Bergarbeiter heben will. Er bemerkte aber gleich, daß das Abkommen nicht dazu führen dürfe, eine zu große Lust zu schaffen zwischen der Ernährungsweise der Bergarbeiter und der übrigen Arbeiterschaft. Sein Ministerium sei dabei, einen Plan für die Ernährungswirtschaft auszubauen. Hand in Hand müsse freilich eine Steigerung der Produktion unserer Erzeugnisse gehen. Es gehe nicht an, alle Lasten auf die Landwirtschaft abzuwälzen. Soll sie höher und soll sie mehr leisten, so bedarf auch sie behördlicher Förderung. Deshalb plant das Reichsernährungsministerium der Landwirtschaft Kohphosphat und Futtermittel zu billigen Preisen zuzuführen. Der Einkauf soll durch uns selbst erfolgen. Es ist daran gedacht — und für diese Anregung hat Herr Dr. Hermes bei den zuständigen englischen Stellen bereits die grundsätzliche Zustimmung erhalten — in einer Zusammenkunft aller Ernährungsminister der Hauptentente und Deutschlands sich über den gemeinsamen Einkauf und die gemeinschaftliche Verteilung zu einigen.

So mündete das, was der Landwirtschaftsminister vorzutragen hatte, doch in einem ein wenig günstigeren Ausblick in die Zukunft aus. Spa wird es, wie Herr Dr. Hermes meinte, ermöglichen, die da und dort aufgestapelten Lebensmittelvorräte der Welt besser zu verwerten.

Damit war die Aussprache für heute erschöpft. Herr Biffell regte an, nach den Vorträgen der Regierungsver-

treter, die Aussprache auf Samstag zu vertagen und so beschloß das Haus für heute auseinanderzugehen. Kurz vor 12 Uhr war die Sitzung beendet.

### Simons über die deutsche Neutralitätserklärung.

Berlin, 22. Juli. (Priv.-Tel.) Am Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat Dr. Simons in seinem ausführlichen Schlusswort zur deutschen Neutralitätserklärung folgendes ausgesprochen:

„Durch unsere Neutralitätserklärung wird nur betont, daß wir mit Polen und Rußland in Frieden leben; daß wir aber unsere Grenzen gegen die Truppen beider Länder schützen und eventuell übertretende Truppenteile entlassen müßten. Der Minister gab dann den Inhalt der in Paris in dieser Sache überreichten Note bekannt. Er habe übrigens weder Furcht vor bolschewistischer Kavallerie noch vor bolschewistischer Propaganda. Unser Verhältnis zu Rußland wird von uns nur vom Rechtsstandpunkt aus beurteilt. Wenn etwa seitens der Entente beabsichtigt sei, Deutschland als Etappe- und Durchmarschgebiet gegen Rußland für den Fall einer Unterdrückung Polens zu betrachten, so würde sich kein Deutscher einer solchen Absicht schweigend beugen oder zu ihrer Durchführung verhelfen.“

### Die Rede von Lloyd George im Unterhaus.

London, 22. Juli. (W.B.) Vor dicht besetztem Hause hielt Lloyd George eine ausführliche Rede über die politische Lage.

#### Die Lage in Kleinasien.

Zunächst besprach der Premierminister die militärischen Erfolge in Griechenland und Kleinasien und sagte, die englische Regierung sei zu dem Entschluß gekommen, daß es am besten sei, griechische Streitkräfte für diese Zwecke zu verwenden. Frankreich gab seine Zustimmung dazu. Die griechischen Truppen hätten ihre Aufgabe innerhalb von zehn Tagen beendet. Er hoffe, daß die Griechen in Thrazien den gleichen Erfolg erzielen würden. Die Griechen hätten Geschicklichkeit, Mäßigung und staatsmännische Klugheit bewiesen. Deshalb hätten die Alliierten die Griechen zur Herstellung der Ordnung in diesem Teile der Welt erfolgreich herangezogen.

Lloyd George führte weiter aus, die Türkei habe zehn Tage Zeit erhalten, um den Friedensvertrag anzunehmen. Er hoffe, daß sie ihn unterzeichnen würde.

#### Englands Politik in Polen.

Der Premierminister fuhr dann fort: Polen habe den Alliierten Anlaß zur größten Sorge gegeben. Ich habe offen zu den Polen gesprochen und bedauert, daß meine Befürchtungen sich verwirklicht haben. Ein unabhängiges Polen ist für die Erhaltung des Friedens unentbehrlich; denn ohne ein unabhängiges Polen würde eine große Militärmacht über das Gebiet eines anderen Volkes hinweg bis gegen die deutschen Grenzen heranrücken. Der polnische Ministerpräsident habe sich bereit erklärt, die polnische Armee in die eigenen Grenzen Polens zurückzuführen. Millerand habe die Antwort der Sowjetregierung als imperilant bezeichnet. Er, Lloyd George, würde lieber das Wort unlogisch anwenden. Die Sowjetregierung sei bereit, die Frage eines Waffenstillstandes mit den Polen in freundschaftliche Erwägung zu ziehen. Es seien jedoch Anzeichen dafür vorhanden, daß die Sowjetregierung lediglich bereit sei, über die Angelegenheit nur mit einer proletarischen Regierung zu verhandeln. Das sei eine unerträgliche Lage. Alles, was die Alliierten bezüglich Rußlands gewünscht hätten, sei, daß es in voller Freiheit seine eigene Regierung wählen solle. Die Sowjetregierung sei aber nicht von Rußland gewählt worden, sie sei ganz und gar eine Autokratie wie ihre Vorgängerin. Um die Verantwortlichkeit der Sowjetregierung auf die Probe zu stellen, hätten die Alliierten Polen den Rat gegeben, an Rußland heranzutreten, und um Waffenstillstand zu erfragen. Wenn Rußland diese Absicht ablehne und russische Truppen in Polen einmarschierten, dann würden die alliierten Mächte Polen alle in ihrer Macht liegende Unterstützung gewähren. Innerhalb der letzten Tage hätten die Polen ein Freiwilligenheer von 300 000 Mann aufgestellt. Die Polen hätten also reichlich Mannschaften, aber Mangel an Ausrüstung und organisatorischen Kräften. Frankreich und England können diese liefern.

Es liege im Interesse von England und Europa, daß Polen nicht vernichtet werde. Frankreich und Großbritannien hätten besondere Wünsche nach Polen gehabt, die darüber berichten sollen, welche Schritte ergriffen werden könnten, um dem polnischen Volke bei der Verteidigung seiner Grenze beizustehen. Wir haben den polnischen Botschafter in Berlin mit einem militärischen Vertreter abgeschickt, Frankreich sendet den General Weygand. Es sei auch möglich, daß Marshall Foch nach Polen gehen wird. Aber ich hoffe, daß dies nicht erforderlich werden wird.

#### Die Ergebnisse von Spa.

Lloyd George wandte sich dann Ergebnissen von Spa zu und bemerkte, die Konferenz gab den Deutschen die Möglichkeit, mit den Alliierten in einer ruhigeren Atmosphäre und mit einer auf beiden Seiten etwas zugänglicheren Stimmung zusammenzukommen. Er habe den Eindruck, daß der deutsche Reichskanzler und Dr. Simons zwei vollkommen ehrenhafte, aufrichtige Männer seien. Es seien Leute, die ihr Bestes tun würden, um den Friedensvertrag auszuführen. Es seien für jedes einzelne Land zu erhebliche Ergebnisse erzielt und die Einigkeit unter den Alliierten gestärkt worden. Lloyd George führte im einzelnen aus, daß etwa zwei Millionen Tonnen Schiffsraum an Großbritannien seit dem Waffenstillstand abgeliefert worden seien. Diese Schiffe würden zum Vorteil des englischen Staats-Schatzes verkauft und der Erlös in erster Linie zur Bestreitung der Aufwendungen für die englische Seeflotte und in 2. Linie für den englischen Anteil an der Wiedergutmachung verwendet werden. Deutschland habe zugestimmt, zwei Millionen Tonnen Kohlen monatlich zu liefern, wovon 1/3 Millionen Tonnen an Frankreich gehen sollen. Es sei erwiesen, daß die Deutschen sich mit dem Problem der Entschädigung abgeben müßten und große Anstrengungen machen, um damit vorwärts zu kommen. Lloyd George betonte, daß Pläne zur Beschaffung von Geldmitteln aufgestellt seien, um Deutschland in den Stand zu setzen, Schulden zu leisten. Ein Versuch, sich den angenommenen Verpflichtungen

zu entziehen, sei nicht wünschenswert. Während der nächsten Wochen würde sich ein Ausschuh von Sachverständigen mit diesen Plänen beschäftigen.

#### Die Entwaffnungsfrage.

Zu der Frage der Kriegsverbrechen bemerkte Lloyd George, in Spa seien Vorbereitungen getroffen worden, die es ermöglichen, diese Frage zu einem neuen Zeitpunkt ohne Verzögerung und mit Nachdruck zu behandeln. Die Entwaffnung sei eines der schwierigsten Probleme gewesen, dem man gegenüberstand. Besüglich der Kriegskasse sei ein befriedigender Fortschritt erzielt. Es seien nur noch einige Schiffe und gemessenes Material auszuliefern. Alle größeren Schiffe, U-Boote und Torpedoboots seien ausgeliefert. Zu Ende September werde der ganze Rest der Kriegsfahrzeuge ausgeliefert sein. Unter dem an die Alliierten ausgelieferten Kriegsmaterial befänden sich 25 000 schwere Geschütze. Das deutsche Heer habe noch 2000 Maschinenabwehr und eine große Anzahl Grabenmörser, 1 1/2 Millionen Handfeuerwaffen, 176 Millionen Patronen, 25 Millionen Granaten und noch den größten Teil der Flugzeuge. Es befänden sich außerdem noch drei Millionen Granaten in Deutschland, die noch nicht ausgeliefert seien. Die Hälfte der ausgelieferten Geschütze sei bereits zerstört. Der Rest werde gegenwärtig im Verhältnis von einundsechzig zu hundert zerstört. Die Deutschen hätten auch noch sechsundzwanzigtausend Maschinenabwehr. Ferner befänden sich außer dem regulären Heere ungefähr 100 000 bewaffnete Männer in Deutschland. Es befänden sich also allzuviel Kriegsmaterial in Deutschland, als daß man sich sicher fühlen könnte. Die Gewehre würden nicht ausgeliefert, weil die politischen Parteien in Deutschland einander nicht traueten. Die Alliierten hätten verlangt, daß eine Proklamation erlassen werde und hofften, daß infolgedessen die rückständigen Gewehre bis Ende September ausgeliefert sein werden.

Der Premierminister schloß, es würden viele blühende und aberne Spätzeiten über die Ergebnisse der Konferenz eintreten. Hätte die Konferenz von Spa vor 1914 stattgefunden, so hätte es gar keinen Krieg gegeben.

\*

Amsterdam, 22. Juli. (W.B.) In der gestrigen Unterhausdebatte erklärte in der Debatte A. J. A. M. V. K. und Lord Robert Cecil, es sei zu beklagen, daß die Intervention des Völkerbundes im russisch-polnischen Streit nicht eher angeregt worden sei. Diese Ausführungen gaben Lloyd George Veranlassung, zu sagen, die jüngste Antwort Moskaus habe die größte Wichtigkeit für den Völkerbund zum Ausdruck gebracht. (Den Inhalt der russischen Antwort zum Völkerbundsgedanken finden die Leser an anderer Stelle.)

### Die Vorgänge auf den östlichen Kriegsschauplätzen.

Der militärische Tagesbericht der Polen.

Warschau, 22. Juli. (W.B.) Der polnische Heeresbericht vom 21. Juli lautet: Feindliche Abteilungen haben Grodno besetzt und tragen den Angriff an der Chaussee Grodno-Lukom vor. Unsere Truppen kämpfen bei Putim. Dieser Ort ging eine Zeitlang verloren, wurde aber durch Gegenangriff wieder zurückgewonnen. Die Bolschewisten versuchten bei Lona und Wola und an der Stadt entlang auf jeden Fall durchzubrechen. Heftige bolschewistische Angriffe auf der ganzen Stara-Linie, die besonders gegen den Brückenort von Blonim gerichtet sind, wurden aufgehalten. Es entspannen sich heftige Kämpfe zwischen Slonim und Blawo. Die Bolschewisten sammeln für diese Aktion Infanterieabteilungen. Sie erlitten beim Vorstoßen der Stara große Verluste.

Im Boleffje-Abchnitt haben unsere Abteilungen feindliche Angriffe abgewiesen und warfen bolschewistische Abteilungen auf das Dorf zurück. Deshalb der Front mußte General Dulacovich alle Angriffe zu vereiteln, trotzdem die Bolschewisten auf den engen Raum einer Division und große Artilleriemassen angeordnet hatten. Im Süden mußten unsere Truppen nach heftigem Kampfe Dubno räumen. Bei Wolodowice hatte eine 800 Mann starke bolschewistische Artillerieabteilung unsere Linie durchbrochen, wurde aber unter schweren Verlusten zurückgeworfen. In der Nacht vom 19. zum 20. ging ein ganzes kubanisches Kosakenregiment mit seinen Offizieren zu uns über. Es haben sich viele Regimenter der Don-Kosaken der Armee des Generals Wrangl angegeschlossen und diesen damit um 21 000 Mann verstärkt.

#### Bialystok bedroht.

Paris, 21. Juli. (W.B.) Nach den letzten in Paris eingetroffenen Meldungen sollen sich die Bolschewisten bereits vor den Toren von Bialystok befinden.

#### Befürchtungen wegen der Wrangl-Armee.

Warschau, 22. Juli. (W.B.) Moskauer Prawda befürchtet, daß, wenn es dem General Wrangl gelingen sollte, in das Doneggebiet vorzudringen, Rußland seines hauptsächlichsten Kohlengebietes beraubt werden könne.

#### Zwei Parteien in Rußland.

London, 22. Juli. (W. B.) In der von London verbreiteten Mitteilung heißt es u. a., aus der russischen Note geht deutlich hervor, daß es in Rußland zwei Parteien, eine Kriegs- und eine Friedenspartei gibt; welche von den beiden Parteien die Oberhand behält, wird sich noch Ende der Woche zeigen.

#### Eine kräftige Russenantwort auf den Völkerbundschwindel.

Rotterdam, 22. Juli. (W.B.) Dem Randscheiter „Guardian“ zufolge wird in der russischen Antwort außer den schon bekannten Tatsachen folgendes dargelegt: Die Sowjetregierung weigert sich bestimmt, mit den Vertretern des Generals Wrangl zusammenzukommen oder sie sogar anzuerkennen. Wrangl wird dauernd der meuternde General genannt. Die Sowjetregierung ist bereit, seinen Truppen und den unter seinem Schutz befindlichen Personen Sicherheit zu gewährleisten; auf der anderen Seite verlangt sie aber bedingungslos die Übergabe der ganzen Halbinsel Krim und aller auf ihr befindlichen militärischen Vorräte.

Was den Völkerbund angeht, so weigert sich die russische Regierung, sich an die Vorschriften dieses Bundes zu halten, den sie als einen Bund der alliierten Regierungen nennt. Die Antwort weist darauf hin, daß das Befehlen des Bundes Rußland niemals amtlich mitgeteilt wurde, und daß sie alles, was sie über den Bund wisse, aus den Zeitungen erlernt habe. Die Sowjetregierung betont, daß trotz der Bestimmungen der Völkerbundsstatuten die Alliierten nichts taten, als bekannt wurde, daß Polen einen Angriff auf Rußland beabsichtigte. Daher sehe die russische Regierung nicht ein, warum sie sich jetzt, wo Polen vor der Katastrophe eines von ihm begonnenen Krieges stehe, dem Bunde unterwerfen solle.

### Der Bürgerkrieg in China.

Erfolge der Tschili-Partei.

Köln, 22. Juli. (W. B.) Wie der Neue Kottb. Courant aus London meldet, ersuchte der Marschall Tzu an Tsi Hui um seine Entlassung. Der Präsident von China nahm aber sein Gesuch nicht an.

Die Friedensbedingungen, die der Marschall anbot und die auf eine vollständige Kapitulation hinauslaufen, umfassen die Bestrafung des Generals Su Tseng, die Entlassung der unter dem Kommando von Tzu an Tsi Hui stehenden Truppen, die Auflösung des Parlaments, den Rücktritt der drei Anführer und die Auflösung des Anjufclubs.

Amsterdam, 22. Juli. (W. B.) Nach einer Neuermeldung aus Peking teilte das Hauptquartier des Generals Fan Ku, einer der hervorragenden Männer der Tschili-Partei, mit, das die 15. Division und die erste Grenzdivision, die beide zur Anjufpartei gehörten, kapitulierten. Die dritte Grenzdivision befindet sich in voller Auflösung und ihr Kommando sei verschlungen.

### Die Hege gegen Stinnes.

Gegen Hugo Stinnes hat eine allmähliche Hegekampagne eingesetzt, die natürlich nur in Deutschland und unter Deutschen möglich ist. Widerlich war es schon, wenn die „Frankf. Zeitung“ in jedem ihrer Berichte ihres Berichterstatters aus Spa von der Stunde ab, wo Stinnes gesprochen habe, die subjektive Meinung als Stinnesgegner in Seitenhieben gegen seine Rede etc. ständig einflößt. Nun aber haben die sozialistischen und demokratischen Blätter aus persönlicher Abneigung gegen Stinnes über die Treibereien begonnen, die nichts mit der Sache zu tun haben. Die nat.-lib. Correspondenz schreibt in einem Artikel „Richtigstellungen“ hierzu u. a. folgendes:

Schien man in den anfänglichen, von uns bereits gekennzeichneten Angriffen in der sozialdemokratischen und einem Teil der demokratischen Presse noch eine gewisse Sachlichkeit abmalen zu lassen, so verfällt man jetzt in diesen Kreisen in einen Ton lägenhafter Polemik. Diesen Ton macht sich auch Herr Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“, das nach seiner ursprünglichen wohlwollenden Stellung Herrn Stinnes gegenüber, jetzt ganz in das ihm parteipolitisch angenehme Gegenteil verfallen ist, zu eigen. Er sieht allen Ernstes ein Märchen auf, wonach Herr Stinnes beim Abschied von Spa, ungefähr wie Cäsars Geist, geäußert haben sollte, man werde ihn bei Philippin wiedersehen. Wenn Herr Wolff der Rede Stinnes auch einen gewissen Wert beimißt, so nimmt er im gleichen Atemzug dieses Urteil wieder zurück, indem er sagt, Stinnes hätte besser getan, wenn er nicht den Eindruck erweckt hätte, als wäre sein im Kriege so oft durch die Ereignisse widerlegtes Urteil unfehlbar und sein Wille Gesetz. Schärfer aber noch und geradezu gemeingefährlich sind die Angriffe, die sozialdemokratische Blätter im Ruhrgebiet gegen Stinnes führen. So wirft die „Eisener Arbeiterzeitung“ Herrn Stinnes ungeschicktes Benehmen in Spa und geheime Absichten vor. So wird berichtet, daß Verhandlungen mit den Bergarbeiterverbänden im Gange seien, die Schlichtung um eine Stunde zu verlängern, weil die Ueberlicht nicht genügend Mehrförderung schaffe. Um den Arbeiterführern und den Bergarbeitern die Ueberarbeit schmählich zu machen, sollen für die Ueberarbeit sowie zur Hebung der Gemeindefiskus Lebensmittel und Kleidungsstücke von Frankreich geliefert werden. Die Kosten dafür sollen durch eine Abgabe von der Wehrlieferung über eine bestimmte Menge gedeckt werden. Eine in Paris zu errichtende Gesellschaft soll die Ausführungen übernehmen; an dieser Gesellschaft werde sich Stinnes sehr stark beteiligen. Alle diese Vorwürfe gegen Stinnes beruhen auf Unwahrheiten und lassen Aufschneidungsversuche dar, die geeignet sind, von neuem Zuspätkommen in das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in unserer Kohlenindustrie zu säen und schwere Beunruhigung im deutschen Bergbau hervorzurufen. Die Gefahr solcher Manöver kennzeichnet sich am besten dadurch, daß Hugo Stinnes in einem an den Steiger Bernhard gerichteten Schreiben folgendes zur Richtigkeit erklärt hat:

Die Kohlenlieferungsverträge haben in Spa ausschließlich dafür gewirkt, daß die Zwangslieferungen an den Feindbund sich in solchen Grenzen halten, daß die Bergarbeiterschaft

Deutschlands nicht vor die Alternative gestellt würde, entweder in einer für ihren Ernährungszustand ungehörlichen Weise zu einer wesentlichen Veränderung der Ueberarbeit herangezogen zu werden, oder aber bei Verweigerung einer Mehrarbeit die Verantwortung dafür zu tragen, daß Arbeitslosigkeit und Not in allen anderen Gewerben ein noch viel größeres Maß erreichen, als es zurzeit der Fall ist. Nach den Verhandlungen in der Sozialisierungskommission und im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates, in denen ich ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht habe, daß ich im Gegensatz zu vielen meiner Berufsgenossen nicht auf dem Standpunkt stehe, daß in absehbarer Zeit die allgemeine Beseitigung des Achtstundentages als das Allheilmittel gegen das Abhalten der jetzigen Notzustände zu betrachten sei, ist es unerhört, daß Sie dennoch von mir das Gegenteil behaupten. Wichtig ist nur, daß ich für den Bergbau, die Landwirtschaft und das Transportgewerbe die Notwendigkeit vorübergehender Ueberarbeit als unerlässlich zur Beseitigung der jetzigen Zustände betrachte habe.

Was Sie über eine in Paris zu errichtende französisch-deutsche Einkaufsgesellschaft unter sehr starker Beteiligung von mir sagen, ist entweder leichtfertige oder wissenschaftlich falsche Darstellung. Denn es ist von vornherein bei jeder Gelegenheit — auch bei den Verhandlungen im Zehnereverband — betont worden, daß auf deutscher Seite die Beteiligung nur bei den Gewerkschaften und dem Kohlenindustriat liegen könne. Wenn Sie ohne Wissen oder gegen besseres Wissen Zwietracht und Mißtrauen zwischen den Arbeitern und Werkvertretern im Kohlenbergbau stiften wollen, so werden Sie lediglich die Geschäfte unserer gemeinsamen Bedrücker betreiben und erreichen, daß die Angehörigen des rheinisch-westfälischen Bergbaues zum Schaden unseres Vaterlandes für das Ausland in den nächsten Jahren Sklavenarbeit werden leisten müssen.

### Deutsches Reich.

Der Kronprinzbesuch beim Kaiserpaar.

Amsterdam, 22. Juli. (W. B.) Der vormalige deutsche Kronprinz ist gestern nachmittag nach Doren abgereist, um schließlich des Todes seines Bruders, des Prinzen Joachim, seinen Eltern einen Besuch abzustatten.

Immer neue Angehörigkeiten von den Franzosen.

Berlin, 22. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Ein Bankbeamter wurde heute vormittag gegen 9 Uhr in der Plauerstraße von einem jungen Franzosen an derempfangen. Es ergab sich darauf ein Wortwechsel. Dem Franzosen kamen noch 2 weitere französische Soldaten zu Hilfe. Aber natürlich wie immer bei solchen Zwischenfällen war auch gleich eine große Menschenmenge versammelt, die selbstverständlich für den Bankbeamten Partei ergriffen. Daraufhin flohen die Franzosen in den nahegelegenen Kaiserhof, wobei einer der Soldaten auf der Flucht einen Schuh nach der Menge abgab, welcher zum guten Glück niemand traf. Die Sicherheitspolizei mußte die drei Franzosen in Schutzhaft nehmen, da die sehr erregte Menschenmenge sich vor dem Kaiserhof versammelt hatte.

### Baden.

Das Spiritusmonopol aus Getreide.

Karlsruhe, 22. Juli. (W. B.) Die „Karlsruher Zeitung“ schreibt am 21. Juli: Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird dem Reichsanwalt für Ernährung und Landwirtschaft wiederholt mitgeteilt, welche Lebensmittel und die Ernährungswirtschaft gefährdende Umformung des Branntweins von Getreide angenommen hat. Ein solches Brennen ist, soweit Brotgetreide und Gerste in Frage kommen, nach der Reichsgetreideverordnung für die Ernte von 1919 wie auch für die Ernte von 1920 verboten. Umveränderungen werden mit hohen Strafen belegt. Ebenso ist das Brennen von Hafer, Weizen, Dinkel und Hülsenfrüchten nach der Verordnung vom Dezember 1919 verboten und strafbar.

Die Verhinderung des erforderlichen Spiritus und der erforderlichen Getreide sind den Brennereien und Getreidehändlern verständlich gemacht worden. An dem Gesetz zur Verhinderung der Getreideverfälschung ist im Rahmen der ergebnisbringendsten Anstrengungen gearbeitet, handelt es sich nicht um verbotenes eigenmächtiges Vorgehen. Die Aufrechterhaltung dieser Betriebe ist im allgemeinen Interesse notwendig. Es müssen ihnen daher auch bis zu diesem Zweck erforderlichen Mengen Getreide zur Verfügung gestellt werden.

Die wirtschafspolitische Einigung der Landwirtschaft.

Karlsruhe, 21. Juli. Eine Tagung des Verbandes landwirtschaftlicher Ge- und der Landesobmänner des Verbandes landwirtschaftlicher Ge-

nosenschaftlichen bei folgende Entschliessung angenommen: „Die wirtschafspolitische Vereinigung der gesamten badischen Bauernschaft ist und bleibt das Ziel, dem der Verband bodenreicher landwirtschaftlicher Genossenschaften, nachdem er bereits seit der Revolution sich dafür einsetzt, auch weiterhin zuwehrt. So wünschenswert dieses Ziel ist, so verwerflich ist es aber, das blühende badische landwirtschaftliche Genossenschaftswesen entgegen seiner historischen Entwicklung und entgegen der Zeit der Durchführung im übrigen deutschen Reich der Bauernverbandsorganisation einzuschleudern. Die wirtschafspolitischen Organisationen müssen unbeschadet des gemeinsamen Eintretens für landwirtschaftliche Forderungen getrennt ihren durchaus verschiedenen Aufgaben obliegen. Diese Arbeitsteilung, die auch beim Arbeiter zwischen Gewerkschaft und Konsumverein mit größtem Erfolge seit Jahrzehnten durchgeführt wird, ist auch in der Landwirtschaft der einzig mögliche Weg. Dem Willen zum gemeinsamen Arbeiten für unsere Bauernschaft hat der Verband durch Schaffung der Arbeitsgemeinschaft der landwirtschaftlichen Landwirtschaft Baden Ausdruck gegeben. Es ist zu wünschen, daß auch der Bauernverband sich der Arbeitsgemeinschaft, die nach weiter ausgebaut werden soll, anschließt und damit ein erfolgreiches Zusammenarbeiten für unsere badische Landwirtschaft zustande kommt.“

Die Verminderung der Reichswehr in Baden.

Da nach den Verhandlungen von Spa die Reichswehr vom 1. Januar 1921 auf 100 000 Mann zurückgeführt sein muß, so steht die Reichswehr vor einschneidenden Organisationsänderungen, die sich vor allem auf die Verteilung und Unterbringung der uns bis dahin noch verbleibenden Truppenteile erstrecken. Was den Wehrkreis V angeht, der bekanntlich außer Württemberg und Baden auch Hessen, Hessen-Kassel, sowie große Teile der Thüringischen Länder umfaßt, so wird die zu bildende Division, zu der Württemberg, Badener, Hessen und Preußen gehören, nach einer von Oberst Wilmanns gemachten Mitteilung folgende Truppenteile umfassen: Das württembergische Infanterieregiment 13 mit dem Stabsst. in Stuttgart und mit je einem Grenadierbataillon (für die Reserve) in Osnabrück; ferner das badische Regiment 14, dessen Stab nach Konstanz kommt und dessen 1. und 2. Bataillon nach Donaueschingen und Grenadierbataillon nach Tübingen oder Weingarten kommt. Die 3. Bionnierkompanie, die zur Division V zählen, kommen alle nach Ulm, da hier allein Bombardierplätze vorhanden sind. Die Artillerie liegt mit einer Abteilung, der badischen, in Ulm; die zweite (preussische) Abteilung liegt in Fulda, die dritte (württembergische) in Ludwigsburg. Die Kavallerieabteilung der V. Division kommt zur Hälfte nach Cannstatt, zur Hälfte nach Kassel; die Kavallerieabteilungen zum Teil nach Cannstatt, Ulm und Kassel. Von der Fahrbatterie wird eine Kompanie nach Ulm, eine nach Ludwigsburg und eine weitere nach Kassel verlegt werden. In den drei Kavallerieregimenten, die nach dem Friedensvertrage aufgestellt werden müssen, stellen Württemberg und Baden das Reiterregiment 18, von dem 2 Schwadronen nach Cannstatt, drei nach Ludwigsburg kommen werden.

### Letzte Meldungen.

Verstimmung über Oesterreichs Hinneigen zu Russland.

Wien, 22. Juli. (W. B.) Die Neue Freie Presse will erfahren haben, daß in Ententekreisen Verstimmung wegen des neuen Vertrages Oesterreichs mit Sowjetrußland besteht. Man glaubt, daß die Errichtung der bolschewistischen diplomatischen Vertretung in Wien die Möglichkeit für eine wirksame Verbreitung der bolschewistischen Ideen in Oesterreich zu schaffen geeignet sei, wodurch Wien das bolschewistische Zentrum in Mitteleuropa werden solle. Denselben Klatsch zufolge trat gemäß des russisch-oesterreichischen Abkommens der russische Vertreter Warschawsky hier ein, dessen Tätigkeit ausschließlich auf die Angelegenheiten der Kriegsgefangenen sich beschränken sollte.

Die Vermögensabgabe in Oesterreich.

Wien, 22. Juli. (W. B.) Die Nationalversammlung nahm das Gesetz über die große einmalige Vermögensabgabe in allen Befolgen an. In das Gesetz ist der ausdrücklich ausgesprochene Wunsch der Reparationskommission aufgenommen, daß die Bestimmungen des Gesetzes über die Vermögensabgabe nur insoweit angewandt seien, als sie nicht mit den Verpflichtungen im Widerspruch stehen, die sich aus dem Staatsvertrage von St. Germain und aus der Not der Reparationskommission vom 21. Mai bei der Beschaffung an Oesterreich ergeben. Die Nationalversammlung nahm jedoch die Vorlage betr. die Reparationsleistungen der Oesterreichischen Staatsanleihen als Schulden der Republik Oesterreich an.

Bölkerverbundstagung in Genf?

London, 21. Juli. (W. B.) Reuter meldet: Der Bölkerverbundstagung gibt bekannt, daß Wilson die Bölkerverbundsoberversammlung auf den 15. November d. J. nach Genf einberufen hat.

## Der Mann mit den sieben Masken.

Roman von Erich Wulffen.

22) (Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Telet setzte tausend Kronen auf Noir. Dieser Einsatz übertraf alle bisherigen. Er verlor.

Der Obercroupier trat hinzu und erkundigte sich nach dem Erfolge. Er schüttelte mit dem Kopf und ermahnte seinen Pflichten.

In einiger Entfernung spielte heiter Frau von Mossoi, von mehreren Kavaliere umgeben, mit fast immer gleichem Glücke.

Telet beobachtete eine Zeitlang das Spiel, dann besetzte er abermals Noir mit tausend Kronen. Sie gingen wieder verloren. Mit gleichgültigem Gesicht heimste Baron von Bartha den Gewinn ein.

Die Zuschauer schienen etwas enttäuscht das Spielglück des Diplomaten zu bejahren.

Telet setzte abermals tausend Kronen, diesmal auf Zero. Der zunächst sitzende Croupier machte eine Bewegung der Ueberzeugung nach dem Bankier hin, der nicht mit der Wimper zuckte.

Die Kugel lief, Atemlos verfolgten die einzelnen Gruppen ihren Lauf.

Ein Ausruf allgemeiner Ueberzeugung. Die Kugel war in die Null gefallen.

Die jungen Herrschaften begrüßten den Gewinner. Gleichgültig zahlte der Bankier den sechsunddreißigfachen Satz aus. Aber ein Blick seiner grauen Augen traf den Baron.

Dieser besetzte im folgenden einige Felde und Nummern gleichzeitig mit kleineren Beträgen.

Wichtig stand die Komtesse rechts von ihm und ließ sich seine Sätze erklären.

Er besetzte die Nummer Siebzehn mit tausend Kronen. Die Kugel fiel in das schwarze Feld auf die Roue.

Er zahlte fast seinen ganzen Gewinn zurück.

Komtesse Wilma blieb neben ihm stehen. Er spielte weiter in kleineren und mittleren Sätzen. Er verlor unermesslich.

Von dem unteren Ende des Spieltisches schaute das alberne Lachen der Frau von Mossoi herüber, die abermals gewonnen hatte.

Die Komtesse war betreten, bedauerte, daß ihre Gegenwart ihm das Glück bringe und entfernte sich, obwohl er sie zum Weiter spielen aufforderte.

Sie ging um das Roulette herum und nahm etwa schräg gegenüber von ihm Stellung, sein Spiel unauffällig aus der Ferne beobachtend.

Telet wollte den Spieltisch verlassen, als plötzlich Klarita von Bartha den Platz der Komtesse eingenommen hatte. Wie aus dem Boden gewachsen stand sie neben ihm.

Ihre Blicke begegneten sich, ohne daß ihr Mund etwas sprach. Er blieb und spielte, ebenfalls schweigend, weiter. Der Erfolg war gleich. In einem plötzlichen Entschluß warf er dreitausend Kronen hin und besetzte die Achtehn.

Der Croupier sah abermals den Bankier fragend an. Dieser nickte, ohne ein Wort zu sagen, und strich die Scheine ein.

Eine große Bewegung hatte sich der Gesellschaft bemächtigt. Klarita, die etwas von Spiel verstand, fühlte ein gelindes Zittern. Keine Brust wagte zu atmen, als die Kugel rollte.

Sie rollte und rollte. An der Siebzehn und Fünfzehn lief sie vorüber, an der Sechzehn schlen sie haltmachen, aber sie kam noch bis zur Siebzehn, die Telet bei dem früheren Spiele besetzt hatte.

Schon trauerte die Kugel in die Siebzehn hinein, als sie eine neue gleichmäßig geringe Bewegung aus sich selbst zu erhalten schien und in die Achtehn fiel.

Ein Augenblick der Ueberzeugung ließ keinen Laut aufkommen. Dann löste sich das Schweigen in Erlaunen, heillosen Tumult und lebhaften Rufe.

Der Baron mit der Bürde erhob sich und erklärte: „Die Bank ist gesprengt!“

Allgemeine Ueberzeugung aufs neue.

Der Bankier zahlte einhundertachtzigtausend Kronen aus, die er zu einem Teile seinem besondern Portefeuille entnahm.

Telet strich gleichmütig und langsam das Geld ein, während der Obercroupier aufgeregt hinter ihm auf und ab lief.

Das Spiel war beendet.

Telet und Klarita wechselten einen Blick des Einverständnisses. Niemand außer Wilma hatte ihr gesehen.

Ihr Herz frambte sich zusammen. Aber sie beherrschte sich und mischte sich in den Strom der Gähne, die aufdrack und lärmend in den Empfangsalon zurückströmten.

Die Musik folgte mit einer schmetternden Fanfare.

### Fünftes Kapitel.

Am einem Oktobermorgen kurz vor acht Uhr traten in ein Haus am Franz-Josephs-Platz in Wien zwei Jüdinnen, denen der Kenner einen amtlichen Charakter angemerkt hätte. Im ersten Stockwerk war an der Tür ein Schild mit dem Namen Zelinka angebracht; hier klingelten sie.

Ein junges, kaum den Kinderschuhen entwachsenes Dienstmädchen mit noch verschlafenen Augen öffnete und fragte durch den Türspalt mürrisch, was gewünscht werde.

Einer der Männer erkundigte sich, ob hier ein Herr, dessen Namen er nannte, wohne.

Die Kleine schüttelte den Kopf und wollte die Tür schließen.

Da rief der jüngere Mann mit etwas barscher Stimme: „Sie haben doch vernietet? Wer wohnt bei Ihnen?“

Das eingeschüchterte Mädchen hatte die Tür weiter geöffnet, als ein lässliches, hageres Fräulein im violetten Morgenrock herbeigekommen war, das offenbar die unfreundliche Frage verstanden hatte und energisch erklärte, hier wohne nur Herr von Razmer und sonst außer ihr weiter niemand.

Die beiden Herren machten der Wohnungsinhaberin eine vertrauliche Erklärung, worüber sie erschraf.

„Geh in die Küche, Kerl!“ rief sie der Kleinen zu, die mit halb geöffnetem Munde neugierig zusehend zusehen war.

Fräulein Zelinka forderte die Kriminalbeamten, die sich zu erkennen gegeben hatten, auf, ihr in das Zimmer zu folgen. Dem entsprach aber nur der Ältere, während der Jüngere im Vorhof verblieb und sich in einen bequemen Stuhl setzte.

Der Beamte fragte, sei wann Herr von Razmer hier wohne, was er betriebe, und von welchen Einkünften er lebe.

Dann ließ er sich seine Person beschreiben, worauf er erklärte, es liege kein Verbrechen vor, der angebliche von Razmer sei der Gesuchte.

Theressa Zelinka schlug die Hände über dem Kopf zusammen und wollte die Schreckensnachricht nicht glauben.

„Jesus Maria! Wenn Sie sich irren! Herr von Razmer ist sehr empfindlich und würde sofort ausziehen. Dann hätte ich die drei schönen Zimmer nach acht Tagen wieder leer, wie drei Monate lang zuvor. Zur Anmeldung bin ich noch nicht gekommen.“

„Haben Sie schon mal geträumt, daß ein Wiener Kriminalbeamter einen Majorität getötet hätte?“ fragte der Beamte mit nachlässiger Blicke. „Da müssen Sie schon nach Berlin spazieren, wenn Sie so etwas erleben wollen!“

Dabei zog er aus seiner Brusttasche ein Notizbuch, dem er eine Photographie in Kistenkartenformat entnahm.

„Da schauen Sie, Fräulein Zelinka“, sagte er gefällig, „da sieht Ihr Herr von Razmer, wie er lebt und lebt? Er wird sich in den paar Jahren wenig verändert haben.“

Theressa Zelinka hatte ein helles Rotes kaum einen Blick auf das Bild geworfen, als sie fast unmerklich ausrief: „Jesus Maria! Das ist er! Woher haben Sie die Photographie?“

(Fortsetzung.)







